

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

VW – Die VolksWolke stoppen!

Letzte Woche wurde bekannt, dass die Volkswagen AG bzw. seine Tochterunternehmen VW und Audi eine Software verwendet, welche Emissionstests erkennt und die Leistung ihrer Dieselmotoren währenddessen so stark drosselt, dass die Testergebnisse verfälscht und letztlich mit einem guten Ergebnis bestanden werden konnten.

Die Nichteinhaltung von EU-Emissionsrichtlinien muss geahndet werden

Die Manipulation der Motoren verdecken nicht nur zu einem Verstoß gegen die Emissionsrichtlinien der USA und EU, sondern verursachen auch einen erheblichen Schaden an der Umwelt. Als Folge dessen muss die Marke VW und, falls sie sich als mitschuldig entpuppt, die Volkswagen AG und weitere betroffene Tochterfirmen des Konzerns straf- und zivilrechtlich verfolgt werden. Um den entstandenen Schaden zu mindern, sollten sämtliche Strafzahlungen an Projekte für Luft- und den Umweltschutz gebunden werden.

Die oben genannte Nicht-Einhaltung von geltenden EU-Richtlinien und das weitere Ignorieren dieser sind nicht zu tolerieren. Die manipulierte Software muss umgehend aus dem betroffenen Motor EA 189 entfernt oder korrigiert werden. Sämtliche mit in den Skandal involvierte Tochterunternehmen der Volkswagen AG werden aufgefordert, diese Neuprogrammierung vorzunehmen, auch wenn das die dauerhafte Reduzierung der Motorleistung zur Folge hat.

Zusätzlich müssen alle derzeit zugelassenen Dieselfahrzeuge anderer Marken auf die Einhaltung besagter Emissionsrichtlinien überprüft werden. Sollten hier ebenfalls Verstöße auftreten, müssen die betroffenen Hersteller ihre Fahrzeuge umrüsten, sowie mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

Das Verkehrsministerium ist in der Verantwortung

Die Rolle des hier zuständigen Verkehrsministeriums, einschließlich der verantwortlichen Minister, muss untersucht werden. Da seit mindestens fünf Jahren die Emissionskontrollen entweder unzulänglich durchgeführt oder die Zuwiderhandlungen wissentlich gebilligt wurden. Deshalb fordern wir den sofortigen Rücktritt des momentan amtierenden Bundesverkehrsministers Alexander Dobrindt.